

Entgegen jeglicher Vernunft!

Wenn es darum geht, die Bürger zu Massregeln, steht immer ein klares Ziel im Vordergrund: Die Wirtschaft muss daraus Profit schlagen können. So in der Klimapolitik, mit Abgaben, Gesetzen und Förderprogrammen, welche alle nur das eine Ziel anstreben: Investitionen und zusätzliche Steuern. Mehr verlangt mehr, das grenzenlose ungesättigte Verlangen des Menschen. Sobald sich aber eine Möglichkeit bietet, ein griffiges und konsequentes Gesetz durchzusetzen, in dem nur die Natur und Umwelt als Sieger hervorgeht, zerbrennen selbst «grüne» Politiker an der Wachstumsgier. Die ständig prophezeite Dramatik der angeblich drohenden Klimakatastrophe ist vergessen. Am 11. März stimme ich jedenfalls für die Natur und gegen die Habgier einiger Zeitgenossen.

Das gestörte System

Eine der viel zitierten Fragen lautet: «Wie viele Menschen erträgt die Erde?» Eigentlich müsste es aber heissen: «Wie viel natürlicher Lebensraum darf der Mensch zerstören?» Hintergrund dieser Frage ist das unbestrittene Treibhausgas Nr. 1, Wasserdampf, aus dem sich weit weniger wirtschaftsfördernde Massnahmen ableiten lassen als mit CO₂.

Die in den letzten Jahrzehnten massiv angestiegene Nutzung und Verbauung der Landschaft durch die Errichtung von Verkehrsflächen, Siedlungen, Industrie- und Gewerbeanlagen führt zu einer stetig zunehmenden Bodenversiegelung. Die Folge ist die negative Beeinflussung des natürlichen Wasserhaushaltes und damit des globalen Wasserkreislaufes. Das Gleichgewicht zwischen Niederschlag, Verdunstung, Grundwasserbildung und Oberflä-

chenabfluss wird gestört. Grossflächige Entsumpfungen, Kanalisierung von Bächen und Flüssen tragen einen weiteren Teil zum schnellen Abfliessen des Wassers bei. Somit kommt es immer wieder nach Starkniederschlägen zu Hochwasser oder auch Trockenperioden, welche dann meist dem Klimawandel in die Schuhe geschoben werden.

Auf die eingangs gestellte Frage braucht es eigentlich keine Antwort, die Natur wird das vom Menschen geschaffene Problem irgendwann selber regeln. Trotzdem wäre es an der Zeit, auch an unsere Nachkommen zu denken und diese Entwicklung zu stoppen, auch wenn es kurzfristig Einbussen im Baugewerbe geben sollte. Selbst dies wage ich aber zu bezweifeln: Die hohe Zahl an Gebäuden wird auch in Zukunft für Reparaturen, Umbauarbeiten oder Renovationen genügend Arbeit bringen.

Unglaubliche Massnahmen

Es würde den Rahmen der Klima-seite sprengen, würde ich alle durch die Politik angeordneten Massnahmen für eine «Rettung» des Klimas aufzählen. Nur so viel, CO₂-Reduktion dank Energieeffizienz. Sämtliche «klimafreundlichen Massnahmen» zielen auf die klare Absicht, die Wirtschaft anzukurbeln. So wurden in den vergangenen Jahren Tonnen voll funktionstüchtiger Geräte, Maschinen und Autos dank Energieeffizienz entsorgt oder ins Ausland abgeschoben. Die Schweiz ist die Wegwerfnation schlechthin, eine Schande für ein Land, welches sich seiner humanitären Tradition rühmt.

Alleine der Zweitwohnungsbau verschlingt ein Vielfaches mehr an Energie beim Bau und Unterhalt, als alle durch unser Parlament eingeleiteten Energiesparmassnahmen

der vergangenen Jahre. In einer der ersten Klimaseiten, Ausgabe Nr.7/08 vom 18. April, habe ich bereits über den hemmungslosen Landverschleiss geschrieben. Viel Raum für wenig Nutzen, immerhin sprechen wir in der Schweiz von einer Anzahl Zweitwohnungen in der Grösse der Agglomeration Zürich. Im Kanton Wallis ist es die beachtliche Zahl von mehr als 80'000, was einem Zweitwohnungsanteil von 45 Prozent entspricht.

Wäre es unserem Parlament und Bundesrat tatsächlich so ernst mit dem Energiesparen, wäre ein Baustopp für Zweitwohnungen bereits längst Realität.

Zählen Bergregionen zu den Verlierern?

Grundsätzlich stellt sich die Frage, ist Zweitwohnungsbau ein Impuls für den Tourismus oder eher für die Bauwirtschaft. Tatsächlich ist trotz Bauboom der vergangenen Jahre die Zahl der Übernachtungen zurückgegangen. Die Wertschöpfung einer verbauten Landschaft, welche nur für einige wenige Wochen im Jahr belebt ist, reduziert sich auf ein Minimum. Hinzu kommen einige nicht zu unterschätzende Nachteile: Die gesamte Infrastruktur einer Gemeinde wird in wenigen Wochen im Jahr völlig überlastet. Energie- und Wasser-Black-Outs stehen vor der Tür. Für notwendige Investitionen fehlen den Gemeinden die Steuereinnahmen. Eine Unzufriedenheit stellt sich sowohl bei den Einwohnern wie bei den Zweitwohnungsbesitzern und Feriengästen ein, Verzicht will niemand und die Ansprüche werden immer grösser.

Einige Dörfer des Goms haben bereits heute einen Zweitwohnungsanteil von mehr als 50%. Wäre dies tatsächlich ein Segen für die Bergregionen, müsste auch die einheimi-

sche Bevölkerung wachsen. Aber das Gegenteil ist der Fall: Der Rückgang von Geschäften, Schliessung von Gastgewerbebetrieben, Abwanderung von Firmen, Abbau eines Skigebietes, das ist die Realität. Trotzdem nehmen die Aufgaben in der Öffentlichkeit zu, die Anforderungen steigen weiter an und immer weniger Einheimische sind bereit, die Aufgaben einer Dorfgemeinschaft zu tragen. Jeder für sich und nur einige wenige für alle. Samartvereine, Feuerwehren und Rettungsstationen haben in den vergangenen Jahrzehnten für Sicherheit in unserer Region auch bei Lawinensituationen und damit gesperrten Verkehrswegen gesorgt. Fehlende Unterstützung und Wertschätzung der Öffentlichkeit führt dazu, dass sich nur noch einige wenige für diese wichtigen freiwilligen Dienste zur Verfügung stellen. Wenn ich mich nur an den «Kampf» zum Bau des neuen Feuerwehrlokals in Münster zurück erinnere, in dem vor allem das Gewerbe und sogar Zweitwohnungsbesitzer sich gegen das inzwischen bewährte Lokal, Feuerwehr und Sanität, aussprachen. Und nun wird über fehlende medizinische Versorgung gejammert. Der manchmal verhasste und verpönte «Dörfleiger» ist innert Kürze verschwunden, dafür ist die totale Gleichgültigkeit im Goms eingekehrt. Nicht zuletzt Fusionen und eine Entfremdung durch den Zweitwohnungsbau tragen zu diesem Umstand bei. Wer darin die Zukunft der Berggebiete sieht, verkennt die Entwicklung.

Werden Neubauten verboten?

Ein Initiativtext lässt meist einen Handlungsspielraum für Pro- oder Contra-Argumente. Folgende wichtige Punkte wurden durch die Gegner der Initiative falsch interpretiert. Nicht unter den Begriff Zweitwohnung fallen gemäss Aussagen des Initiative-Komitees:

Ferienwohnungen, die kommerziell vermietet werden (Parahotellerie). Diese werden auch viel intensiver genutzt (durchschnittlich 200 Nächte) als Zweitwohnungen (30 bis 60 Nächte/Jahr).

Nebenwohnsitze für Schul- und Arbeitszwecke.

Ferienwohnungen dürfen auch nach Annahme der Initiative weiter gebaut und vermietet werden. Das Kriterium zur Definierung der Zweit-

wohnungen ist die Dauer der Bewohnung. Also fallen sogenannte Miet-Ferienwohnungen nicht unter die Begrenzung.

Eine Umnutzung bestehender Wohnungen zu Zweitwohnungen ist weiterhin möglich. Bei Beerbung einer Erstwohnung durch nichteinheimische Erben besteht gemäss dem Initiativtext keine Verpflichtung zu einer Veränderung. Im Übrigen wird das Ausführungsgesetz Fragen wie Definition der Zweitwohnung und Ausnahmen bei Härtefällen festlegen.

Quelle: <http://www.zweitwohnungsinitiative.ch/home.html>

Fazit

Die Politik versagt immer dann, wenn es darum geht, wirksame Lösungen zu finden. Es ist einfach, dem Bürger neue Abgaben und Gesetze aufzubrummen, statt die eigentlichen Ursachen zu bekämpfen. Neue unsinnige Ämter werden ins Leben gerufen, Papier-Berge von Projekten ausgearbeitet, damit den Gemeinden und Bürgern dieses Landes noch

mehr Geld aus den Taschen gezogen werden kann. Auch wenn die Initiative von Franz Weber ziemlich radikal daher kommt, gibt es aufgrund der überbordenden Flut von Zweitwohnungsbauten keinen andern Weg. Bereits 2007 hat der Kanton Wallis im «Kantonalen Richtplan - Zweitwohnungen» die Problematik erkannt. Darin steht als Schlussbemerkung: «Aufgrund der heutigen Situation und der zu erwartenden Entwicklung drängen sich Massnahmen zur Lenkung des Zweitwohnungsbaus auf.» Geschehen ist, bis auf die Ausnahme weniger Gemeinden, nichts. Leider ist die Gier einiger Spekulanten und Unternehmer grösser als die Vernunft. Hören wir auf, unsere Heimat zu verscherbeln, und lassen wir unseren Nachkommen zumindest noch das übrig, was wir heute noch haben. Im Gegensatz zu den Argumenten der SAB (Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Berggebiete), bewahrt uns die Initiative vor dem Untergang: Ein Untergang zu Geisterdörfern.

Gerri Kiechler
 (www.weltklima.ch)

Das Goms in Dauer-Schlagzeilen!

«Das Goms stöhnt», «das Goms friert» und «eine aussergewöhnliche Lage». Was gibt es da zu stöhnen? Wo liegt der Grund für das mediale Dauerfeuer von negativen Schlagzeilen. Natürlich, auch ich lästere das eine oder andere Mal über das ewige Schneeschaukeln, haben wir aber tatsächlich Grund zu klagen? Dieselben Leute, welche heute in den Medien stöhnen, stöhnten in den vergangenen beiden Wintern über zu wenig Schnee. Manchmal ist es fast unbegreiflich, wie hilflos sich einige Einheimische, Feriengäste und Medienschaffende verhalten. Schliesslich fehlt es uns an nichts, auch mit zwei Meter Schnee lässt es sich im Goms leben. Es ist aber nicht erstaunlich, denn alles wird zur Selbstverständlichkeit. Der Schnee muss innert Kürze von Strassen und Wegen geräumt sein, ohne selbst eine Schaufel zu benutzen. Der Schnee darf nicht in den eigenen Garten, im Nachbargarten ist er besser aufgehoben. Verständnis und Geduld ist im Gegensatz zum flockigen Weiss eine Mangelerscheinung.

Klar, wir leben vom Tourismus, aber im Goms kann es eben auch noch richtige Winter geben, allen Studien zum Trotz, und der Winter, sprich Schnee und Kälte, ist die Grundlage für den Tourismus. Im Gegensatz zum Obst und Gemüse gibt es bezüglich Schneemenge keine EU-Norm, welche eine maximale Höhe festlegt. Also haben wir nur eine Möglichkeit: Die Natur zu akzeptieren und das Beste daraus zu machen. Der nächste Sommer kommt bestimmt.

Zufällig las ich Ende Januar einen kurzen Bericht auf Welt-Online über Afghanistan: «Das Land leidet seit Wochen unter Frost und Schneemassen, die Eiseskälte hat bereits 300 Menschenleben gefordert. Die Menschen in den Bergdörfern, wo es bis zu zwei Meter hoch geschneit hat, sind von der Aussenwelt abgeschnitten und ohne fremde Hilfe verloren. Selbst die Tiere halten der Kälte nicht stand: An die 10'000 sollen verendet sein.»

Dort gäbe es Grund zum Stöhnen, aber nicht im Goms!!!

Franziska Jost-Imhasly aus Münster

90. Geburtstag



Am 13. Dezember 2011 feierte Franziska Jost-Imhasly in Münster ihren 90. Geburtstag.

Zu den vielen Gratulanten aus der Familie und dem Verwandtenkreis gehörte auch der Gemeinderat. Dieser wünschte der Jubilarin alles Gute, viel Gesundheit und noch unzählige unbeschwernte Spaziergänge.

 **TALSTATION**

Bar - Lounge

Freitag, 17. Februar 2012
 ab 21.00 Uhr

Keller Walter

Samstag, 18. Februar 2012
 ab 21.00 Uhr

Flower Power Party
 mit Double D Extended

22.00 Uhr Auftritt «Ütrig»

Alle Maskierten erhalten ein Gratisgetränk